

## Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmung vom 25. November 2018
Für Rückfragen	Gabriela Blatter, Präsidentin glp Stadt Bern; 078 623 27 42, <a href="mailto:gabriela.blatter@grunliberale.ch">gabriela.blatter@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	7. November 2018

### Parolen zur Gemeindeabstimmung vom 25. November 2018

**Die Mitgliederversammlung der Grünliberalen Partei Stadt Bern hat die NEIN-Parole zum Budget 2019 der Stadt Bern beschlossen. Die drei anderen Vorlagen – zur neuen Schulinformatik base4kids2, zum Naturgefahrenplanerlass sowie zur Teilrevision der städtischen Bauordnung – empfehlen sie zur Annahme.**

Das Budget 2019 ist sowohl von der jglp/glp Fraktion im Stadtrat als auch den Mitgliedern der glp Stadt Bern einstimmig abgelehnt worden. Der Gemeinderat widerspricht seinen eigenen finanzpolitischen Grundsätzen und legt ein Budget im Umfang CHF 1.27 Milliarden vor, das jährlich Neuverschuldung von CHF 50 Millionen vorsieht und somit zukünftige Generationen entscheidend belastet. Dies ist aus grünliberaler Sicht keine nachhaltige Finanzpolitik. Der Stellenausbau in der Stadtverwaltung ist deutlich überproportional zum Bevölkerungswachstum in der Stadt und nicht gerechtfertigt. Die glp Stadt Bern fordert den Gemeinderat auf ein Budget vorzulegen, das sich primär auf Investitions- und Sanierungsausgaben anstatt auf Konsum und Dienstleistungen fokussiert sowie einen höheren Grad an Eigenfinanzierung aufweist.

Die drei weiteren Vorlagen wurden zur Annahme empfohlen. Die neue Schulinformatik base4kids2 ist eine notwendige Anschaffung um den Unterricht, wie im Lehrplan 2021 vorgesehen, multimedial gestalten zu können. Der Umgang mit elektronischen Medien ist aus grünliberaler Sicht eine zentrale Kompetenz für Schülerinnen und Schüler um sich in einer zunehmend digitalisierten Welt zu bewegen, weshalb diese Investition für zukunftsorientierte Bildung in der Stadt Bern klar gerechtfertigt ist. Die Vorlage zum Naturgefahrenplan ist unumstritten. Insbesondere mit Hinblick auf Klimawandel, und die damit verbundenen erhöhten Vorkommen von Naturkatastrophen, ist dies eine sinnvolle Massnahme. Genauso wenig umstritten ist die Teilrevision der Bauordnung, zumal auf Grund der Harmonisierung der Begriffe und Messweisen mehr Wettbewerb zu erwarten ist.